

# Posener Tageblatt

Erscheint  
an allen Werktagen.  
Bezugspreis  
monatlich M.  
in der Geschäftsstelle 75.—  
in den Ausgabestellen 77.50  
durch Zeitungsboten 80.—  
durch die Post 80.—  
ins Ausland 20 deutsche Mark.

Versprecher: 4246, 2273  
3110, 3249.

Anzeigenpreis:  
f. d. Grundschriftseite im  
Anzeigenteil innerhalb  
Polens. 15.— M.  
im Restlandteil 40.— M.  
Für Aufträge aus  
Deutschland 3.50 M.  
im Restlandteil 10.— M.  
in deutscher Mark.

Telegrammadresse:  
Tageblatt Poznań.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau; für Polen: Czeczkow Konto P. K. O. Nr. 200 283 in Poznań.

## Vor der Entscheidung über Oberschlesien.

### Die Absendung der Truppenverstärkungen.

Beuthen, 18. August. (PAT.) Aus Mainz wird gemeldet: Französische Eisenbahngleise mit Truppenverstärkungen für Oberschlesien haben die Fahrt von Mainz nach dem Osten angetreten.

### Verstärkung der Polizei.

Beuthen, 18. August. (PAT.) Der interalliierte Ausschuss veranlaßte eine Verstärkung der Polizei in allen Ortschaften Oberschlesiens. In den nächsten Tagen werden Beamte aus Oppeln in die einzelnen Ortschaften entsandt werden.

### Die deutsch-polnische Beruhigungsaktion.

Beuthen, 18. August. (PAT.) Die angekündigte Konferenz von Vertretern der deutschen und der polnischen Bevölkerung Oberschlesiens der politischen Parteien und der Fachverbände hat am Dienstag in Katowitz stattgefunden. Es wurde beschlossen, gleichlauende Aufrufe an die Bevölkerung zu erlassen und darin zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung aufzurufen und die Hoffnung auf ein gerechtes Urteil des Völkerbundesrates auszusprechen.

### Der Oberste Rat an die polnische Regierung.

Warschau, 18. August. (PAT.) Das Pressebüro des Außenministeriums gibt jetzt den Text der Note bekannt, die der Oberste Rat am 13. August an die Regierung der Republik Polen richtete. Er lautet: „Wir Rücksicht auf die Schwierigkeiten, die die Festlegung der Grenze zwischen Deutschland und Polen in Oberschlesien bietet, hat der Oberste Rat die von ihm in dieser Angelegenheit gemäß Artikel 88 des Vertrages von Versailles zu fassende Entscheidung übertragen. Der Oberste Rat ist überzeugt, daß die Bevölkerung Oberschlesiens die Gründe zu würdigen wissen wird, die ihn veranlaßten, eine allzu eilige Entscheidung zu vermeiden. Die letzte Note wird auch nach Möglichkeit verkürzt werden. Der Oberste Rat rechnet mit Sicherheit darauf, daß die polnische Regierung ihrerseits die Bevölkerung Oberschlesiens zur Bewahrung der größten Ruhe aufzurufen und daß sie ihren ganzen mittelbaren und unmittelbaren Einfluß auf die Bevölkerung anwenden wird, damit die Autorität der Entente-Kommission gewahrt wird. Der Oberste Rat macht die polnische Regierung besonders auf die große Verantwortung aufmerksam, die diese Regierung auf sich nehmen würde, wenn sie innerhalb ihres Gebietes und besonders an der Grenze Oberschlesiens nicht alle Maßnahmen treffen würde, die geeignet sind, Aufruhrversuchen im Abstimmungsgebiet vorzubeugen, und wenn sie nicht auf das strenge den Transport von Waffen und Munition und bewaffneten Abteilungen oder Einzelpersonen über die Grenze verhindern.“

### Ein Aufruf der deutschen Reichsregierung.

Berlin, 18. August. Reichspräsident Ebert und die deutsche Regierung erlassen folgenden Aufruf:

Die Entscheidung über Oberschlesien ist wider Erwarten nun gefallen. Der Spruch ist verlagt worden. Die Leidenszeit des oberschlesischen Volkes hat ihr Ende noch nicht gefunden. Es gilt, in sicherer Ausdauer weiter auszuhalten.

Oberschlesier! Unsere Sache ist gerecht! Die Gerechtigkeit wird und muß siegen, wenn das Selbstbestimmungsrecht der Völker Geltung haben soll. Ihr habt Euch mit überwältigender Mehrheit gegen Deutschland ausgesprochen. Euer und des Reiches Wohlergehen hängt davon ab, daß Oberschlesien beim Reiche verbleibt.

Oberschlesier! Ihr habt bisher trotz schwerster Herausforderung mühsame Ruhe und Ordnung bewahrt. Die berechtigte Abwehr der Gewalttaten polnischer Unzertrennbarkeit hat Euch die Welt nicht verargt. Bewahrt auch weiterhin die Selbstsucht, die Euch bisher ausgezeichnet hat. Läßt die fühlbare Überlegung nicht schwinden und lasst Euch durch nichts zu unüberlegten Handlungen verleiten, die Eurer gerechten Sache nur Schaden bringen würden.

Mit Euch hofft das ganze deutsche Volk, daß der Tag nicht fern ist, an dem die Schranken zwischen Euch und dem Mutterlande wieder fallen, an dem das Selbstbestimmungsrecht der Völker in der Wiedervereinigung Oberschlesiens mit Deutschland, dem es seit sieben Jahrhunderten angehört hat, Anerkennung findet zum Westen Oberschlesiens, des Deutschen Reiches, des wirtschaftlichen Wiederaufbaues Europas und des Friedens der Welt.

Der Reichspräsident.

Die Reichsregierung.

Dr. Wirth.

### Eine Note Lloyd Georges.

Danzig, 18. August. Lloyd George hielt am Dienstag im Unterhaus eine Note über Oberschlesien, in der er sagte: „Die letzte Sitzung des Obersten Rates war die wichtigste Beratung seit Unterzeichnung des Friedensvertrages. Auf der Tagesordnung stand eine Frage, die geeignet war, das Bündnis zu zerstören. Es ist meine Überzeugung und zugleich die Überzeugung aller Mitglieder der Kammer, daß die Aufrechterhaltung des Bündnisses mit Frankreich eine Gemähr der Aufrechterhaltung des europäischen Friedens bildet. Wenn es zwischen Frankreich und England nicht zur Verständigung kommen sollte, wenn jeder dieser beiden Staaten nur seine eigenen Interessen wahrnehmen sollte, dann besteht eine sehr ernste Konfliktgefahr. Ich stelle mit Zuversicht fest, daß es am Schluss der Beratungen im Obersten Rat zu einem Besluß kam, der nicht nur die Aufrechterhaltung des Bündnisses bedeutet, sondern auch beweist, daß nach wie vor in der Entente völlige Einigkeit herrscht. Die Angelegenheit, die uns mit der größten und schmerzlichsten Sorge erfüllt, ist die oberschlesische Frage. In weiten Kreisen des französischen Volkes herrscht die Meinung, daß die Sicherheit Frankreichs von der Abtrennung des Koblenz- und Hüttengebietes von Deutschland abhängt. Ich halte dies für einen Irrtum, der die an sich gar nicht komplizierte Angelegenheit kompliziert macht. Oberschlesien ist keine polnische Provinz. Vier Fünftel der Bevölkerung sind deutsch. Von der Gesamtbevölkerung von 5 100 000 Einwohnern kommen 4 Millionen auf die Deutschen. Je näher der Grenze, desto stärker wird die Mischung des deutschen Elementes mit dem polnischen.“

Lloyd George gab darauf einen Überblick über die Geschichte Oberschlesiens seit dem westfälischen Frieden und betonte dabei, daß gegenwärtig sieben Elstel der ganzen Bevölkerung für Deutschland stimmen, nur vier Elstel für Polen. Wird das ganze umstrittene Gebiet als ein geschlossenes Ganzen behandelt, dann kann kein Zweifel daran sein, daß die Mehrzahl der Stimmen für Deutschland abgegeben wurde und daß, wenn man an dem Besluß festhält, daß alle Stimmen gleichen Wert haben, Oberschlesien bei Deutschland bleibt. Am Schluß seiner Note sagte Lloyd George: „Gleich nach den ersten Verhandlungen im Obersten Rat wurde es offenbar, daß eine Verständigung in dieser Angelegenheit unmöglich ist. Frankreich erklärte, es würde dem englischen Entwurf seine Zustimmung nicht geben, während der Mehrzahl der Alliierten dieser

Entwurf durchaus annehmbar erschien. Daher beschloß der Oberste Rat, die Lösung der oberschlesischen Frage dem Völkerbund zu überlassen.“

### Die französische Presse über Lloyd Georges Note.

Warschau, 18. August. Aus Paris wird gemeldet, daß die Note Lloyd Georges in der Dienstagmittagssitzung des Unterhauses von der französischen Presse aller Parteirichtungen sehr ungünstig aufgenommen wurde. Fast alle französischen Zeitungen erklären diese Note für eine völlig neue und eigenartige Auslegung der Frage der staatlichen Zugehörigkeit Oberschlesiens und sagen, diese Auslegung hätte mit dem Vertrag von Versailles nichts zu tun.

### Notwendigkeit eines einstimmigen Teilstellungsbeschlusses?

Paris, 18. August. (Temp.) „Temps“ erklärt, der Völkerbund müsse seinen Entschluß in der Frage der Teilung Oberschlesiens einstimmig fassen, wenn er einen Wert haben soll. Der Vertrag von Versailles bestimme, daß die Grenze von den alliierten und assoziierten Mächten festgelegt wird. Von einer Mehrheit sei dort nicht die Note. Das bedeute, daß ein einstimmiger Beschuß gemeint sei. Die englische Regierung hätte nun trotz ihrer Begehung, sie hätte die Mehrheit für sich, die Überweisung der Angelegenheit an den Obersten Rat vorschlagen. Sie hätte das getan, weil sie nicht die Urheberin juristischer und politischer Unmöglichkeiten sein wollte, die eingetragen wären, wenn im Obersten Rat drei Stimmen einer gegenüber gestanden hätten. Der Grundsatz der Einstimmigkeit, der den Obersten Rat verpflichtet, könne auch vom Völkerbund nicht umgangen werden. Die Entscheidung müsse einstimmig gefaßt werden.

### Polens Vertreter in den Verhandlungen über Oberschlesien.

Oppeln, 18. August. Wie hier aus gut unterrichteter Quelle verlautet, wird sich Polen bei den demokratischen Verhandlungen über die oberschlesische Frage im Völkerbund ausser durch seine ständigen Abgeordneten Paderewski und Aszkenazy, noch durch Korfantsch und den Beuthener Rechtsanwalt Dr. Wollny, die rechte Hand Korfantschs, als Sachverständige für Oberschlesien vertreten lassen.

### Die Anrufung des Völkerbundes nur ein Vorwand?

Oppeln, 18. August. (Tel.-Un.) Der „Oberschlesische Kurier“, eines der verbreitetsten oberschlesischen Blätter, ist der Ansicht, daß ein Besluß des Obersten Rates über Oberschlesien bereits gefällt worden ist. Die Anrufung des Völkerbundes ist nur ein Vorwand wegen der oberschlesischen Verhältnisse. Auch in den Kreisen der Interalliierten Kommission begegnet man der Ansicht, daß durch die Verweisung der Entscheidung an den Völkerbund nur Zeit gewonnen werden soll, um Truppen nach Oberschlesien zu entsenden.

### Der Botschafterrat und die deutschen Domänenpächter in Polen.

Danzig, 18. August. Wie Wolfs Tel.-Bureau zur Lage der deutschen Domänenpächter in Polen erfährt, hat der Botschafterrat in Paris die polnische Regierung aufgefordert, die endgültige Anwendung der beabsichtigten Maßnahmen hinsichtlich der Domänenpächter, besonders was den Verkauf von Material und Vieh anbelangt, zu vertragen.

### Die Entwicklungskonferenz.

#### Frankreichs Teilnahme.

Washington, 18. August. (PAT.) Wie Havas meldet, hat der Vertreter der Vereinigten Staaten in Paris das Staatsdepartement benachrichtigt, daß Frankreich die Einladung zur Konferenz angenommen hat. Briand hat versichert, er würde mit großem Vergnügen an der Konferenz teilnehmen.

### Die Deckung der Kosten der Konferenz.

Washington, 18. August. (PAT.) Harding verlangt vom Kongress einen Kredit von 20 000 Dollar zur Deckung der Kosten der Entwicklungskonferenz.

### Ein internationaler Finanzkongress in Washington.

Paris, 18. August. Nach Meldungen aus Washington beansprucht das amerikanische Finanzministerium einen internationalen Finanzkongress einzuberufen und zwar gleichzeitig mit der Entwicklungskonferenz. Der Zweck dieser Finanzkonferenz oder vielmehr Ministerkonferenz soll sein, die Möglichkeiten zu erörtern, wie man die Devise stabilisieren kann.

### Die bedingte Aufhebung der Sanktionen.

Berlin, 18. August. (Tel.-Un.) Die Berliner Regierung ist jetzt durch eine Note offiziell von dem Besluß des Obersten Rates in Kenntnis gesetzt worden, nach welchem die im März d. J. gegen Deutschland verhängten wirtschaftlichen Sanktionen gegebenenfalls am 5. September 1921 außer Kraft gesetzt werden sollen, wenn die deutsche Regierung neben anderen mehr formalen Bedingungen der Schaffung einer internationalen Kommission zur Prüfung der deutschen Ein- und Ausfuhr zustimmt und die Gültigkeit der im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Sanktionen getroffenen Verordnungen anerkennt.

### Deutschland hat zu viel abgegeben.

Berlin, 18. August. Es hat sich herausgestellt, daß bei der Erfüllung des Ultimatums Handwaffen, Infanteriemunition und allgemeines optisches Gerät weit über die geforderten Mengen abgeliefert worden sind und dadurch in den Truppenausrüstungen, den Sollbeständen der Belegschaft und Munitionsanstalten Fehlbestände eingetreten sind.

### Die fällige Milliarde Goldmark.

Berlin, 18. August. Die fällige Milliarde Goldmark wird am 31. August, vielleicht auch schon einige Tage früher, voll gezahlt sein.

### Die Nützlichkeit der Zollschranken.

Paris, 18. August. Der „Temp“ bespricht die Aufhebung der Wirtschaftsanctionen. Interessant ist dabei das Eingeständnis des Blattes, daß die jetzt verschwindenden Zollschranken wenig Früchte getragen haben.

### Provisorische Herabsetzung der deutschen Kohlenlieferung.

Paris, 18. August. (Tel.-Un.) Die Reparationskommission hat die provisorische Herabsetzung der deutschen Kohlenlieferung beschlossen, um dem augenblicklichen deutschen Kohlendefizit Rechnung zu tragen. Theoretisch soll zwar Deutschland weiterhin 2 200 000 Tonnen zu liefern haben, praktisch jedoch nur 1 600 000 Tonnen, von denen Frankreich und Luxemburg 1 100 000 Tonnen zu erhalten haben.

### Abschluß der Verhandlungen zwischen Danzig und Polen.

Danzig, 18. August. Die schwierigen Verhandlungen zwischen Danzig und Polen zur Gestaltung des Abkommens, das nach Konvention und Friedensvertrag die dort bestimmten Fragen in ihren Einzelheiten zu regeln hat, sind nach nunmehr sechsmonatiger Dauer beendet. Die Differenzen, die noch bestanden, sind beseitigt worden. Am 10. August fanden die Verhandlungen zu einem endgültigen Schluß. Die beiden Vorsitzenden der Delegationen, Senator Jewelski von der Danziger Delegation und Bismarck-Pluciński von der polnischen Delegation, haben ihre ganz Kräfte eingesetzt, die Verhandlungen endgültig zum Abschluß zu bringen. Rein sachlich betrachtet, ist ein großes Stück Arbeit geleistet, in zahlreichen Sitzungen an die Arbeitskraft der einzelnen die größte Anforderung gestellt worden. Die gesamte Vertragsmaterie ist jetzt einer Redaktionskommission überantwortet worden, die den Text der Bestimmungen juristisch formulieren und paraphieren soll. Es wird mit insgesamt etwa 450 bis 500 Paragraphen zu rechnen sein. Senator Jewelski hält im Hauptabschluß des Volksstages Vortrag über die einzelnen Teile des Abkommens und gab ebenso wie Bismarck-Pluciński den Vertretern der Danziger Presse in einer Konferenz einen Überblick über die einzelnen Bestimmungen.

### Die Einzelheiten des Abkommens zwischen Danzig und Polen.

Wir entnehmen den „Danz. N. N.“ folgenden Überblick über die wichtigsten Bestimmungen des Abkommens:

#### Polen und die Danziger Börse.

In einer Woche soll in Danzig eine Effekten- und Devisenbörse ins Leben gerufen werden, an der die amtliche Notierung der polnischen Noten, Effekten und Devisen erfolgen soll. Notiert werden die Rubriken Geld und Brief. An der Danziger Börse werden nur die unter Mitwirkung beider Börsenmänner zustande gekommenen Transaktionen berücksichtigt. In den Börsenstand werden mindestens zwei Vertreter der polnischen Banken in Danzig berufen. An der Feststellung der amtlichen Kurie der polnischen Werte hat ein Vertreter der polnischen Banken in Danzig teilzunehmen. Filialen der Danziger Banken in Polen werden dieselben Rechte verleihen wie den polnischen Banken in Polen bzw. Danzig. Zur Erledigung des Geldverkehrs der polnischen Regierung wird in Danzig beim polnischen General-Kommissariat eine Regierungskasse errichtet. Sie hat auch die Valutainteresse Polens wahrzunehmen. Ihre Vertreter sind zur Effekten- und Devisenbörse zugelassen. Erfüllungsverträge auf Zahlung in polnischer Währung auf Danziger Gebiet haben denselben Rechtsschutz wie Verträge in deutscher oder ausländischer Währung.

#### Die Postverhältnisse.

Polen ist ein Postamt im Hafen zugestellt worden. Man hatte polnischerseits zuerst verlangt, daß Polen das alleinige Postrecht im Hafen besitzen solle. Man hat sich nun dahin geeinigt, daß Polen ein Postamt im Hafen und direkte Postlinie nach Polen erhält. Polen beansprucht auf der Zwischenstrecke im Kreiskrat die Errichtung verschiedener Zwischenstationen. Bei den kurzen Entfernungen wird das in der Praxis überflüssig sein, man wird diese Frage der Praxis überlassen. Danzig seinerseits hat ebenfalls das Recht, ein Postamt im Hafen zu errichten. Danzig hat ferner das Recht, auf ungehinderten direkten Transitverkehr, d. h. auf Beförderung der deutschen Post von und nach Danzig in direkten Bügen. Polen beansprucht ursprünglich auch das Recht, daß es seine Postlabel beliebig an Dritte verpachten dürfe. Diese Forderung ist fallen gelassen worden. Polen wird im Hauptbahnhof ein Raum für den postalischen Umschlagsverkehr zur Verfügung gestellt werden.

#### Justiz und Schule.

Die Justizkommission ist die einzige, in der ohne Einreise der beiden Vorsitzenden die Materie beiderseitig aufgearbeitet werden konnte. Die verschiedenen Komplexe sind in 101 Paragraphen geregelt. Sie umfassen eine Reihe von Gebieten. Ursprünglich war geplant, das Justizabkommen vorbehaltlich späterer Zustimmung des Volksstages sofort in Kraft zu setzen. Polen wünschte jedoch keinerlei Vorbehalt und so kann auch das Rechtsabkommen erst mit dem Gesamtabkommen in Kraft treten.

In der Schulfrage hat man sich jedenfalls geeinigt. Beide Regierungen werden Vereinbarungen treffen, in welcher Weise und in welchem Umfang Bezeugnisse und Diplome gleiche Berechtigung in den beiderlei Staaten erlangen sollen. Der Gebrauch der polnischen Sprache vor Gericht gilt im selben Umfang in Danzig wie der Gebrauch der deutschen Sprache vor den polnischen Gerichten in den ehemals preußischen Teilstädten.

Bei der

#### Erwerbung des Staatsbürgerechts.

Ist das wesentlichste, daß die Frist für eine Einbürgerung auf fünf Jahre ununterbrochenen Aufenthaltes in Danzig herabgesetzt ist. Auch denjenigen, die durch Gefangenschaft, Studium oder zufällige Abwesenheit am 10. Januar 1920 das Staatsbürgerecht nicht erreichen konnten, wird eine Ausgleichsmöglichkeit gegeben sein. Sie können spätestens innerhalb zweier Jahre den Antrag auf Erlangung des Staatsbürgerechts durch Angehörige oder Verwandte bis zur zweiten direkten Linie stellen lassen. Beamtete und Geistliche erhalten das Staatsbürgerecht durch ihre Anstellung. Danzig verpflichtet sich, die Einbürgerung polnis

Für die aus Polen nach Danzig eingeführten Lebensmittel hat Danzig ein Ausfuhrverbot zu erlassen; das auch für die einheimischen Lebensmittel gilt, so daß die gesamten Vorräte Danzigs hier verbraucht werden müssen. Lebensmittelausfuhr ist nur möglich, wenn Polen selbst eine solche Ausfuhr für sein Gebiet gestattet. Polen glaubt auf eine günstige Ernte im nächsten Jahre und damit auf Getreideexport rechnen zu können, also dann würde vorwiegend eine Lebensmittelausfuhr eintreten dürfen. Polen legt Wert darauf, daß Danzig Rohstoffe, die Polen abzugeben vermag, in erster Linie von Polen bezieht. Polen hat anerkannt, daß die nach den bisherigen Verträgen von ihm noch rückständigen Lieferungen an Brotgetreide, die von Danzig zum Weltmarktpreis getätigten werden mügeln, in seiner Preisdisfereenz Polen auf Rechnung gesetzt werden dürfen. Dahingegen hat es sich nicht bereit erklärt, die Danzig noch zustehenden 2671 Tonnen Getreide zu vergüten. Das bedeutet für Danzig einen Verlust von 10 Millionen Mark.

### Fischerei und Schifferei.

In der Frage der Fischerei ist man an Stelle einer völligen Einigung wenigstens zu einem Provisorium gekommen. Die Danziger Fischer erhalten das Recht, in polnischen Gewässern und die polnischen Fischer das Recht, in den Danziger Gewässern zu fischen. Eine Legitimation ist hierzu erforderlich. Polen erhebt hierfür eine Gebühr von 300 M. pro Boot mit 8 Mann Besatzung. Bei Motorbooten ist der vierde Mann zur Bedienung des Motors frei. Für den Rest dieses Jahres bemüht Polen die Gebühr auf 200 M. Danzig hat seinerseits seine Gebühren noch nicht festgesetzt. Es werden gemeinsame Vereinbarungen in einem Fischereigesetz ausgearbeitet und den Parlamenten unterbreitet werden.

In der Binnenschifffahrt werden Danziger Firmen berechtigt sein, bis zu 200 Schiffe von auswärts zu chartern. Diese haben die gleichen Rechte wie die in das Binnenschiffahrtsregister eingetragenen Danziger Schiffe. Ein Gegenseitigkeitsabkommen gibt Danziger und polnischen Schiffen auf den Danziger und polnischen Binnenschiffahrtssträßen gleiche Rechte.

In der Seeschifffahrt werden Polen alle Eintragungen ins Schiffregister mitgeteilt. Polen hat die Berechtigung, etwaige Einsprüche beim Senat zu erheben. Die polnische Regierung gestattet die Küstenschifffahrt wie die Binnenschifffahrt den Danziger Schiffen unter denselben Bedingungen wie den polnischen Schiffen. Polen verlangt Sicherheit, daß unter Danziger Flagge nur Schiffe fahren, deren Eigentümer Danziger sind.

### Der Grenzverkehr.

Der Personenverkehr über die Grenze zwischen Danzig und Polen ist gleichfalls geregelt.

Ein Handels- und Geschäftsvertrag ist gegenseitig geschlossen. Danach müssen die Danziger Kaufleute in Polen und die polnischen Kaufleute in Danzig so behandelt werden, wie die eigenen Staatsangehörigen des betreffenden Landes. Gleichzeitig ist das Recht zur Erwerbung von Grundbesitz, zur Verwaltung, Verkauf oder Schenkung persönlichen Besitzes von Danzigern in Polen und von Polen in Danzig gleichlautend geregelt. Steuerlich darf ihnen dabei keine höhere Auflage zugemutet werden, als den Angehörigen des eigenen Vertragsstaates. Amtliche und sonstige Gesellschaften, die in dem einen Vertragsstaat rechtliche Gültigkeit haben, genießen die gleiche Anerkennung im andern Staat.

In der Frage der Ausweisung hat Danzig zugestanden, daß nur solche Personen ausgewiesen werden dürfen, die wirtschaftlich, national, sozial oder religiös schädlich sind oder das Staatswohl in anderer Weise gefährden.

### Die Eisenbahnen im Freistaat Danzig.

Danzig, 18. August. (Tel.-Ull.) Da die Regierungen von Polen und der Freien Stadt Danzig hinsichtlich des Eigentums und der Verwaltung der Eisenbahnen im Freistaate Danzig zu keiner Einigung gelangen konnten, hatten sie sich auf Grund der Danzig-polnischen Konvention an den Oberkommissar des Volksbundes, Generalleutnant Haking, gewandt. Dieser hat entschieden, daß die Eisenbahn nebst der zugehörigen Grundstücke, die besonders den Zwecken des Hauses dienen, dem Hafenausschuß gehören. Dieser Hafenausschuß sieht sich aus Danzigern und polnischen Regierungsmitgliedern unter dem Vorsitz eines Schweizers zusammen. Die Eisenbahnen und Straßenbahnen, die in erster Linie den Bedürfnissen der Freien Stadt dienen, d. h. der Vorortverkehr, sowie alle Schnellspurbahnen und Straßenbahnen nebst der dazu gehörigen Grundstücke bleiben Eigentum der Freien Stadt. Dagegen sind alle anderen Vollspurbahnen im Gebiete der Freien Stadt mit den dazu gehörigen Grundstücken einschl. der Eisenbahndirektion Polen zugesprochen. Die Regierung der Freien Stadt Danzig wird bei der polnischen Eisenbahndirektion einen dienststunden Beamten ernennen, um die Wünsche der Freien Stadt, besonders bezüglich des örtlichen Personen- und Güterverkehrs, der polnischen Verwaltung vorzutragen. Die polnische Verwaltung ist verpflichtet, diese Wünsche sorgfältig zu beachten. Bei seiner Entscheidung ist der Oberkommissar von dem Standpunkt

ausgegangen, daß die Hauptfeisenbahmlinie und ihre Güterbahnhöfe in erster Linie dem Hafen und dem Hinterlande dienen, und erst in zweiter Linie dem Freistaat. Auch die dem Hafenausschuß gehörigen Eisenbahnen werden unter polnischer Eisenbahnverwaltung stehen. Zu diesem Zwecke werden drei Vertreter des Hafenausschusses der polnischen Eisenbahnverwaltung zugewiesen. Die polnische Eisenbahnverwaltung ist verpflichtet, ihr Auftreten zu tun, um den Wünschen und Erwünschungen des Hafenausschusses nachzukommen.

### Aus Sowjetrußland.

#### 85 Millionen Hungernerde.

London, 18. August. (Tel.-Ull.) In Unterhaus hatte Harmsworth den Bericht des offiziellen britischen Vertreters über den Umfang der Hungersnot in Russland mitgeteilt. Dieser schätzt, daß für ungefähr 85 Millionen Menschen Hilfe nötig ist.

#### Tschischerin an die französischen Sozialisten.

Paris, 18. August. „Humanité“ veröffentlichte eine Erklärung Tschischkins, in der es am Schluß heißt: Möge die französische Regierung ihre Haltung uns gegenüber ändern, wir werden dann mit offenen Armen alle Kaufleute und Industriellen, die mit uns ernstliche Geschäfte machen wollen, aufnehmen; möge Frankreich alles daran setzen, die Unfähigkeit Spaniens nachzuweisen, Herr von Tanger zu sein. Deshalb hat Frankreich die außländischen Marokkaner nachgewisenermaßen mit Waffen und Munition unterstützt, deshalb der wenig verschleierte Triumph der französischen Presse über die Niederlage bei Melilla.

Rücksläge, wie sie Spanien erlitten hat, brauchen aber nach allen kolonialen Erfahrungen nichts Endgültiges zu bedeuten und können korrigiert werden. Deutschland hat — das liegt auf der Hand — ein Interesse daran, daß Spanien der Unruhen in der nördlichen Zone Marokkos Herr wird und schließlich auch den Bereich von Tanger erhält. Denn französische Herrschaft in diesem Bereich würde den vollen Ausbau deutscher Handels- und deutscher Industrie bedeuten. Die französische Presse hat es gewagt, Deutschland die Urheberschaft an den marokkanischen Aufständen zuzuschreiben. Das beweist nur, daß die französische Presse selbst dann nicht vor Verleumdungen zurücksteht, wenn diese von der Vernunft der Tatsachen sofort Lügen gestraft werden.

Das spanische Kabinett hat zurücktreten müssen, und mit der Bildung des neuen Ministeriums ist Maury a beauftragt.

Dieserkreise Parteiführer ist der politische Hindenburg Spaniens, und man greift immer auf ihn zurück, wenn es gilt, besondere schwierige Verhältnisse Herr zu werden. Unter ganz ähnlichen Verhältnissen, in der Blutwoche des Jahres 1909, war auch Maury Kabinettschef. Der konservative Führer wird deshalb einen schweren Stand haben, weil in Spanien die Kolonialpolitik, die schon verschiedene Misserfolge zu verzeichnen hatte, wie den Verlust von Kubo, sich geringer Popularität erfreut. Die Marokkopolitik ist im Durchschnitt der letzten Jahre das spanische Budget mit 150 Millionen Peseten belastet, und diese haben Ausgaben in Verbindung mit dem Misserfolg von Melilla geben der neuerdings wieder heftig betriebenen syndikalischen und anarchistischen Propaganda die Parole.

Und auch des Erfolges der Misserfolgen sind vor allem in der Revolutionierung der marokkanischen Einwohner in folge des Weltkrieges zu suchen. Behauptende dieser Marokkaner haben auf europäischen Schlachtfeldern gekämpft, sie haben einen Begriff der modernen Kriegstechnik bekommen und der Nimbus, mit dem bisher der Welt für sie umgeben war, ist in dieser Zeit verloren gegangen.

Zweifellos hat auch der Gedanke der Selbstbestimmung bei diesem Prozeß eine Rolle gespielt. In der marokkanischen Sprache existiert dieses Wort allerdings nicht, aber der Gedanke selbst ist auch diesen eingeborenen Völkern nicht fremd geblieben und stärkt ihren Wunsch, sich das europäische Reich nicht auflegen zu lassen. Der Misserfolg des Generals Silvestre erklärt sich ferner aus dem Fehlen innerer Verbindungsstrassen mit den spanischen Truppen im westlichen Teile und aus der Kühnheit seines Unternehmens, daß zwar der spanischen Tapferkeit die größte Ehre macht, aber für die militärische Stellung Spaniens in Marokko verhängnisvolle Folgen hätte.

Das französisch-spanische Abkommen von 1912 hat bekanntlich eine internationale Zone um Tanger geschlossen, da keine Einigung zwischen Frankreich und Spanien zu erzielen war. Die wirtschaftliche Lage Tangers ist jetzt ähnlich wie die von Danzig seit Versailles. Wenn es an die spanische Zone nicht angegeschlossen ist, fehlt ihm die Lebensmöglichkeit. Die außenpolitische Folge der spanischen Schlappo wird die sein, daß Frankreich alles daran setzen wird, die Unfähigkeit Spaniens nachzuweisen, Herr von Tanger zu sein. Deshalb hat Frankreich die außländischen Marokkaner nachgewisenermaßen mit Waffen und Munition unterstützt, deshalb der wenig verschleierte Triumph der französischen Presse über die Niederlage bei Melilla.

Rücksläge, wie sie Spanien erlitten hat, brauchen aber nach allen kolonialen Erfahrungen nichts Endgültiges zu bedeuten und können korrigiert werden. Deutschland hat — das liegt auf der Hand — ein Interesse daran, daß Spanien der Unruhen in der nördlichen Zone Marokkos Herr wird und schließlich auch den Bereich von Tanger erhält. Denn französische Herrschaft in diesem Bereich würde den vollen Ausbau deutscher Handels- und deutscher Industrie bedeuten. Die französische Presse hat es gewagt, Deutschland die Urheberschaft an den marokkanischen Aufständen zuzuschreiben. Das beweist nur, daß die französische Presse selbst dann nicht vor Verleumdungen zurücksteht, wenn diese von der Vernunft der Tatsachen sofort Lügen gestraft werden.

Das spanische Kabinett hat zurücktreten müssen, und mit der Bildung des neuen Ministeriums ist Maury a beauftragt. Dieserkreise Parteiführer ist der politische Hindenburg Spaniens, und man greift immer auf ihn zurück, wenn es gilt, besondere schwierige Verhältnisse Herr zu werden. Unter ganz ähnlichen Verhältnissen, in der Blutwoche des Jahres 1909, war auch Maury Kabinettschef. Der konservative Führer wird deshalb einen schweren Stand haben, weil in Spanien die Kolonialpolitik, die schon verschiedene Misserfolge zu verzeichnen hatte, wie den Verlust von Kubo, sich geringer Popularität erfreut. Die Marokkopolitik ist im Durchschnitt der letzten Jahre das spanische Budget mit 150 Millionen Peseten belastet, und diese haben Ausgaben in Verbindung mit dem Misserfolg von Melilla geben der neuerdings wieder heftig betriebenen syndikalischen und anarchistischen Propaganda die Parole.

### Die Operationen in Melilla.

Madrid, 17. August. (Tel.-Ull.) Die militärischen Operationen in Melilla können nach der Meinung der dortigen Generale nicht vor Anfang September beginnen. Um diese Zeit wird die spanische Besatzungsmacht sich auf 25 000 Mann beladen, ohne Artillerie, Kavallerie und Genieruppen. Andererseits wird gemeldet, daß Abdul Wur an der Spitze von ungefähr 1000 Rebellen auf dem Berg Melilla lagert. Vier Bergwerke bei Evis sind von den Rebellen vollständig zerstört worden. Es fielen ihnen dort Mengen von Batzen und Dynamit in die Hände. Dem Bergwerk Eivis der Bergwerksgesellschaft Rif schleppen die Rebellen 1500 Kilogramm Dynamit weg.

### Niederlage der Mauren.

Madrid, 18. August. (Tel.-Ull.) General Verenauet telefoniert, daß mit Unterstützung durch Artillerie eine starke Stellung in Maran erobert wurde. Nach einem blutigen Handgemenge haben die Mauren zahlreiche Tote und Gefangene auf dem Schlachtfeld zurückgelassen.

### Vorläufig keine Kriegsverbrecherprozesse mehr.

London, 18. August. Zwischen der englischen und der deutschen Regierung ist ein stillschweigendes Einvernehmen erzielt worden, die Leipziger Kriegsverbrecherprozesse vorläufig abzubrechen. Es heißt, daß in diesem Jahre überhaupt keine Verhandlungen vor dem Reichsgericht Leipzig stattfinden sollen.

„Nichts! Nichts!“ konnte Horst schon wieder ziemlich ruhig geworden, antworten; dann tat er, was nicht ganz passend war, er sah die Hand des alten Herrn und sah ihm fest in die Augen.

„Jetzt denken Sie gut nach,“ fing er fast befremdet an — kam dann abermals zu sich und setzte bittend hinzu: „Es hängt für mich vielleicht sehr, sehr viel von Ihrem Gedächtnis, von der Beantwortung meiner Frage ab. Bitte, denken Sie deshalb genau nach.“

„Fragen Sie!“ sagte Fall kurz.

„Wann hat Kronberg jenen Brief erhalten?“

„Un meinem Namenstag. Ich dankte ihm eben für seine Gratulation, da kam unser Hausbursche mit dem Brief herein. „Lesen Sie doch,“ forderte ich Kronberg auf, der damit beschäftigt war, mit mir Muster zusammenzustellen. Der Bote, der den Brief gebracht hatte, wartete nämlich auf Antwort, und unsere Arbeit vertrug auch noch diese Unterbrechung. Ich sah dann, daß Kronberg beim Lesen des Briefes erblaßte. Dem Boten ließ er sagen, daß er augenblicklich nichts tun könne, daß er aber halb schreiben werde, und danach war er bei unserer Arbeit recht verwirrt.“

(Fortsetzung folgt.)

### Runte Zeitung.

O Caruso's Millionenvermögen. Enrico Caruso, der erst 48 Jahre alt, in seiner Heimatstadt Neapel gestorben ist, hat ein sehr bedeutendes Vermögen hinterlassen. Es beträgt 50 Millionen Dollar oder nach dem gegenwärtigen Stande mehr als 4 Milliarden deutsche Mark. Caruso hat bekanntlich seit vielen Jahren außerordentlich hohe Honorare erhalten und zwar Beträge, wie sie außer ihm kein anderer Sänger bekam, und die selbst die seinerzeit als phantastisch bezeichneten Honorare seiner Landsmännin Adelina Patti bei weitem übertreffen. Obgleich Caruso keineswegs beeindruckend und seinen Einkünften angemessen zu leben pflegte — so war er, wie viele Neapolitaner, im Grunde doch sparsam veranlagt und verfügte eine gute geschäftsmäßige Ader, die ihn veranlaßte, sein Vermögen geschickt anzulegen. Insbesondere seine Beziehungen zur amerikanischen Hochfinanz, die er in New York als gefeierter Sänger erworben hatte, setzten ihn in den Stand, erfolgreiche Operationen zu unternehmen, wodurch sein Besitz eine erhebliche Vermehrung erfuhr.

### Um eines Mannes Ehre.

Original-Roman von A. Groner.

(56. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Und was werden Sie jetzt tun?“ fragte ich ihn auf der Bank im wunderschönen Kasino-Park. Er lachte schneidend, dann sagte er dumpf: „Was anders kann ich tun, als mich erschießen?“ „Arbeiten“, antwortete ich. „Wo zu taugen Sie denn?“ — Ich war am Gymnasium. — Ich zuckte die Achseln: „Bei mir hat das wenig Wert.“ — „Fünf Sprachen spreche ich,“ fährt er fort. Da schaue ich mir seine hübsche, statliche Erscheinung an und werde aufmerksam. „Fünf Sprachen? Welches? Da wären Sie vielleicht etwas für mein Geschäft.“

„Ungarisch ist meine Muttersprache,“ fängt er an, „dann kann ich noch kroatisch, tschechisch, deutsch und französisch.“ „Wollen Sie sich 400 Kronen im Monat verdienen, Reisegeld und Hotelwohnung extra?“ fragte ich. In seinen Augen blitzt es auf. Nach einer halben Stunde waren wir einig. So habe ich Robert Kronberg kennen gelernt und habe es bis heute nicht bereut, daß ich ihn in mein Geschäft genommen habe, denn er ist ein ganz tüchtiger Kaufmann.“

Herr Fall war recht angeregt.

Auch Herr von Horst war es.

„Und jetzt — wo befindet er sich jetzt, Ihr Reisender Robert Kronberg?“ erkundigte er sich.

Fall stand auf holte einen Brief von seinem Schreibtisch und reichte ihn seinem Besucher.

Budapest, am 31. März.

Hotel zum Jägerhorn, kleine Brückengasse.

Hochgeehrter Herr Chef!

Stieg hier ab, weil ein Kollege, den ich im Kupfer traf, mir sagte, daß der Besitzer dieses Hotels es in der nächsten Stunde gründlich restaurieren wolle und somit auch unser Haus hier guten Absatz finden könne. Der Besitzer dieses Hotels sei nämlich ein enragierter Deutscher und

lässe lieber einem Deutschen als einem Ungarn sein Geld aufzutreiben. Daß Sie, mein hochgeehrter Herr Chef, Ungar sind, braucht dem Manne ja nicht erzählt zu werden. Einiges von unseren Müttern habe ich ihm schon vorgewiesen, und verschiedenes davon hat ihm sehr gefallen. Wir werden da ein nettes Geschäft machen. Ich reise heute nach nach Klausenburg weiter, um am 6. April wieder hier sein zu können. Da hat der Mann Zeit zu einer Besprechung und hoffe einen festen Auftrag durch ihn zu erhalten. Es handelt sich immerhin um 14 Räume. Sofort wäre nach hier zu liefern Nr. 71415 und passender Plafond. Ausmaß des Gartensaales, welcher jetzt schon renoviert werden soll, 14 Meter zu 6 Meter, Höhe 4,6 Meter. — In Eile.

Hochachtungsvoll

Robert Kronberg.

Langsam, ganz langsam las Horst diesen Brief, falte ihn zusammen und bat ihn behalten zu dürfen, was Fall allerdings recht verwundert gestattete.

„Also vor etwa drei Jahren haben Sie Kronberg kennen gelernt?“ nahm Horst das Gespräch wieder auf. Fall bejahte.

„Und hat er seither nie mehr Rückfälle in seine damalige böse Gemütsstimmung gehabt?“

„O ja. Zuweilen ist er recht niedergebrückt gewesen und recht unruhig, gar in letzter Zeit.“

„Gar in letzter Zeit? Herr Fall meinen vielleicht sogar die letzten Tage?“

„Das stimmt! Das stimmt wirklich.“

„So! O bitte, hat es vielleicht jemand von Ihren Leuten wahrgenommen, daß ihm ein Brief zugestellt ist, nach dessen Empfang er in besondere Unruhe geriet?“

Fall wurde jetzt selber unruhig.

„Solch ein Brief ist ihm tatsächlich zugestellt,“ sagte er langsam, fast zögernd.

Da erhob sich Herr von Horst und rückte an seinem steifen Halskragen. Das Blut war ihm zu Kopf gestiegen.

Der alte Herr trat zu ihm.

„Was ist Ihnen denn?“ fragte er besorgt.

## Ausländer.

### Verweigerung der Herstellung von Kriegsmaterial.

Paris. 18. August. (Tel.-U.) Eine Eisengießerei in Roubaix hat von einer auswärtigen Regierung eine Bestellung auf Metallhälfte für Granaten erhalten. Die Arbeiter weigern sich jedoch, diese Arbeit zu verrichten und sind in den Streik getreten.

### Eisenbahnerstreik in Kassel.

Berlin. 18. August. Im Eisenbahnverwaltungsbüro Kassel ist ein Ausstand der Eisenbahnangestellten ausgebrochen, der bis jetzt die Bahnhöfe Göttingen, Hann.-Münden, Marburg, Nordheim, Kreiensen, Scherlede und Seesen erfasst hat. Einige Personenzüge müssen auf längere Zeit unterbrochen werden. Im übrigen wird der gesamte Personen- und Güterverkehr aufrecht erhalten.

### Ausstand der Staatsarbeiter in Bremen.

Berlin. 18. August. Gleichzeitig mit dem Eisenbahnerausstand in Mitteldeutschland brach in Bremen ein Ausstand der Staatsarbeiter aus. Die technische Not hilfe ist in allen lebenswichtigen Betrieben eingezogen. Die Aktiengesellschaft Weser hat infolge eigener Kraftverzögerung ihren Betrieb aufrechterhalten. Die Arbeiter sind vollzählig zur Arbeit erschienen, aber aber passiv eingesetzt.

### Textilarbeiterstreik in Linz.

Linz. 18. August. (PAT) Hier ist ein allgemeiner Textilarbeiterstreik ausgebrochen. Von 62 000 Arbeitern streiken 54 000.

### Ausstände in Jena.

Jena. 18. August. (Tel.-U.) Nachdem die gesamte Bauarbeiterfamilie von Jena sowie die Arbeiter einer Böschungsfabrik sich seit mehreren Tagen im Streik befinden, sind nunmehr auch die Arbeiter eines Glaswerkes wegen Lohnstreitigkeiten in den Ausstand getreten. Auch die Arbeiter der optischen Werke von Zeiss stellen neue Lohnforderungen an die Betriebsleitung.

### Die Ausstände in Lodz.

Lodz. 18. August. Die Berufsverbände der Siegelnarbeiter stellen neue Forderungen; zu ihrer Prüfung fand eine Konferenz der Siegelnarbeiter mit den Vertretern der Berufsverbände statt. Die Arbeitgeber bewilligten eine Lohnhöhung von 25 Prozent, gerechnet vom 10. August. Bezuglich des achtstündigen Arbeitszeit in den Siegelnarben wird eine zweite Konferenz am 16. August abgehalten werden. Die Bauarbeiter stellen neue wirtschaftliche Forderungen. Verhandlungen schwelen. Der Streik in der Textilindustrie wurde noch nicht endgültig beigelegt. — Der Streik der Lohnarbeiter in der Altstadt und Salut wurde beendet. Die Arbeiter, vorwiegend Juden, erhielten 60 Prozent Lohnhöhung.

### Lohnbewegung irischer Eisenbahner.

London. 18. August. (Tel.-U.) Eine große Versammlung irischer Eisenbahner hat eine Resolution angenommen, wonin die von den Eisenbahngeellschaften vorgelegte Lohnermäßigung abgelehnt wird. Falls der Streit nicht bald geregelt wird, dürfte auf den irischen Eisenbahnen der Streik beginnen.

### Politische Tagesneuigkeiten.

Eine neue Republik. Wie aus Olsztyn gemeldet wird, und in fünfzehn im Komitat Baranow eine von 20 000 Personen besuchte Arbeiterversammlung statt, in der die Republik Baranow ausgerufen und zu ihrem Präsidenten der Kommandant Dobrowicz gewählt wurde. (Die neue Republik, das bisherige ungarische Komitat Baranow, ist 5132,12 Quadratkilometer groß und hat ungefähr 350 000 Einwohner, darunter ungefähr 170 000 Magyaren und 120 000 Deutsche; den Rest bilden Serben und Kroaten.)

Die ungarische Nationalversammlung wählte am Stelle des zurücktretenden Stefan Raczki Herrn Gaston Gall zu ihrem Präsidenten. Herr Gall gehört zur Partei der kleinen Landwirte. Ferner nahm die Nationalversammlung einstimmig die Entschließung des amerikanischen Kongresses über die Friedensangelegenheit und bevollmächtigte die Regierung zur Aufnahme friedlicher Beziehungen zu Amerika. Die Redner verschiedener Parteien sowie der Außenminister Graf Bánffy haben großes Vertrauen zu der Entschließung des amerikanischen Kongresses, die nach ihrer Ansicht die einzige Grundlage eines dauernden Weltfriedens bietet.

König Peter von Serbien ist in Belgrad gestorben.

### Republik Polen.

Bedrohung der russischen Gesandtschaft. Am Sonntag den 14. August erhielten im ersten Stockwerk des Hotel de Rome in Warschau, wo gegenwärtig die Sowjetgesandtschaft einquartiert ist, drei unbekannte Soldaten, die mit lauter Stimme und in barscher Weise verlangten, daß ihnen der Gesandte Karachan ausgeliefert würde. Die Unbekannten, die russisch sprachen, wurden vom Hotelpersonal hinausgeföhrt. Einer von ihnen wurde zur Feststellung seiner Personalien verhaftet. Unmittelbar danach erschien ein vierter Unbekannter, der sich als ein Vertreter Georgiens ausgab. Er verlangte die sofortige Freilassung des Verhafteten und erklärte, er würde am nächsten Tage der Sowjetgesandtschaft seine Sekundanten schicken. Die Sowjetgesandtschaft hat von diesem Vorfall dem polnischen Außenminister Mitteilung gemacht.

### Deutsches Reich.

Die Unterbrechung der öffentlichen Meinung im besetzten Gebiet. Der Reichstagabgeordnete Dr. Quaas hat folgende neue Anfrage an die Reichsregierung gerichtet: In meiner Anfrage Nr. 977 (Reichstagsdruckblatt 2559) vom 26. Juli 1921 habe ich um Auskunft über die Maßnahmen gebeten, die die Reichsregierung gegenüber den Versuchen der französischen Truppen zur Unterdrückung der öffentlichen Meinung in Düsseldorf und Umgebung ergreift. Eine Antwort hierauf ist bisher nicht erfolgt. Inzwischen sind neue Ausweisungen von Medien und Zeitungen verbote in dem französischen besetzten Gebiete erfolgt. Die Erregung über diese Vorfälle in der rheinischen Bevölkerung wächst, zumal bisher nichts darüber bekannt geworden ist, was die deutsche Regierung zum Schutz der Meinungsfreiheit der Bevölkerung in den betroffenen Gebieten zu tun gedenkt. Ich bitte deshalb wiederholte Mitteilung hierüber.

### Aus der polnischen Presse.

Unter der Spitznamen „Byzantinismus“ schreibt der „Głos Poranny“: Wie der „Kurier Warszawski“ meldet, stand am 6. d. M., d. h. am Jahrestag des Ausmarsches der Legionen, im Stadtpark von Przemysl die feierliche Enthüllung eines Denkmals des Staatspräsidenten statt. Es kann also kein Zweifel sein, wer der größte Mann der polnischen Geschichte ist. Josef Piłsudski, der größte Mann der polnischen Geschichte hat es noch keinen Mann gegeben, der schon bei Lebzeiten sich ein Denkmal verdient hätte. Bolesław der Tapfere, Boleśław, Czarniecki, Kopernikus, Mickiewicz, Słowacki und andere erreichten das erst nach ihrem Tode. Es wäre aber gut, wenn man nicht vergäbe, daß vom Erhabenen zum Vächerlichen auch nur ein Schritt ist.“

Unter der Überschrift „Halbkreis“ schreibt die „Pravda“ in ihrer Nr. 170: „Die glühende Sippe hat die Gehrenkammern unserer Rückstrittler so heftig entzündet, daß sie ihre Träume zu träumen begannen von einer autonomen Valuta, auf deren Banknoten das Wappen eines Statthalters in einem Posener Panzer zu sehen sein würde. Dann beginnt es zu regnen. Das rief eine Katastrophe in den Reihen der separatistischen Patrioten hervor. Die Temperaturänderung bewirkte, daß sie nach Vorbildern für ihre Längkeit in einem Lande mit anderem Klima zu suchen begannen.“

Sie fanden solche Vorbilder bei ihren Kollegen, den preußischen Jungen. Für Glauben und Vaterland. Bürger und Bürgerinnen! Wer sich auf seinem Balkon ein eigenes Vaterland errichten oder den Glauben an die politische Demoralisierung unserer Freiheit nicht verlieren will, der trete ein in die Liga zum Schutz des Glaubens und Vaterlandes. Das ist ein ganz und gar aus patriotischer Grundlage fundiertes Geschäft. Beweis: Das Halbkreis. Das auf allen Schildern dieser Genossenschaft zu sehen ist. Wer dieses Halbkreis trägt, bezeichnet sich dadurch als Polen von reinem Blute. Außerdem aber schmücken sich damit die preußischen Jungen und schmücken sich die baltischen Sturmabteilungen. Also muß jeder wahre Pole, der aufrichtig ein Posener Kaiserreich auf der Grundlage der Gottesfurcht, der nationaldemokratischen und christlich-demokratischen Aktien und der Valuta der Wallische wählt, sich eintragen lassen in die Liste dieser, die sich scharen um das Zeichen des Halbkreises. Dieses Zeichen wird uns erobern. Wir gehen herrlichen Zeiten entgegen. Für Kaiser und Reich. Bald wird die Posener Monarchie parzelliert werden. Es

gäste, J. Kubczak (aus Paris), St. Sonnenwend, Prof. S. Trojnowski, J. Wroniecki.

# Arbeitslosigkeit. Die Zahl der Arbeitslosen nimmt von Tag zu Tag zu. Vor kurzem noch gab es in Posen etwa 1000 Arbeitslose, heute schon gegen 4000. Vor allem sind es nicht gelernte Arbeiter. Es ist natürlich für die Stadt unendlich schwer, hier Rat zu schaffen. Daß die Stadt nicht alle erhalten kann, ist wohl selbstverständlich. Sie kann sich gegen das Wachsen der Zahl der Arbeitslosen vorläufig nur dadurch schützen, daß sie seinem Arbeitslosen den Zugang nach Polen gewährt.

X Vor den Friseuren. Die Verhandlungen zwischen den Meistern und den Gehilfen sind jetzt beendet. Die Gehilfen forderten eine Erhöhung der Löhne um 150 v. H. und 10 v. H. Zuschlag. Man hat sich auf 50 v. H. von den Einkünften geeinigt. Die Friseurinnung bemüht sich darum, daß die Löden auch in der Mittagszeit offen bleiben. Sie beruft sich auf die Verordnung im Dziennik Urzędowy, wonach dies nicht verboten ist.

\* Bromberg. 16. August. Der landwirtschaftliche Kreisverein Bromberg (Kreisbauernverein) hält am Donnerstag, 25. d. M., um 8 Uhr nachmittags im Ellyum eine Versammlung ab. Die Tagesordnung enthält u. a. einen Vortrag über die Herdbuchziele in der früheren Provinz Posen und Besprechung über die Beschaffung von Kartoffeln für die Stadt. — Das Kinderfest am letzten Sonnabend von der Fraueneinrichtung der Kreisvereinigung Bromberg bei Kasimow an der b. Schleuse veranstaltet, verließ, trotz des Regens in fröhlicher und anmutiger Weise. Das Kaffeetrinken an longer Kaffetafel (der Wirt hatte den Milchklasse freudlich gespendet) konnte noch im Garten erfolgen, auch im Wald wurde noch längere Zeit gefeuelt. Schließlich ging es freilich in den Saal hinein, und darauf zeigte die von Frau Clodius geleitete Kindergruppe, was sie an Liedern, Reigen und schönen Singspielen gelernt hatte. Der Verlauf der von Herrn Kos gespendeten Blumen brachte eine Summe ein, groß genug, davon längere Zeit die Kindergruppe zu erhalten, die alle Freitag von 4—6 Uhr zu fröhlicher Beschäftigung zusammenkommt und zu der auch Kinder anderer Bezirke herzlich eingeladen sind. Der Verlauf des Kinderfestes war trotz des Unglücks des Wetters ein freundlicher, und die Kleinen gingen in der achten Stunde hochbefriedigt nach Hause.

### Aus Kongresspolen und Galizien.

\* Krakau. 17. August. Das Dorf Rawicz, das einige Kilometer von Stawina entfernt ist, ist fast ganz in Flammen aufgegangen. Der Brand entstand durch Funkenauswurf einer Lokomotive und ergriff im Zu das ganze Dorf. Obwohl sofort die Löscharbeiten aufgenommen wurden, verbreitete sich das Feuer mit unglaublicher Geschwindigkeit. Werde sie, das ganze lebende Inventar sind verbrannt. Bis jetzt fehlen auch einige Kinder. Sogar die neue Kirche im Dorf ist verbrannt.

### Neues vom Tage.

\* Großfeuer in einer Papierfabrik. Im Ollager der Papierfabrik Reichshof bei Düsseldorf entstand angeblich durch Selbstentzündung ein Großfeuer, das auch das Dach des Maschinenhauses ergriff. Die Trümmer des Daches stürzten auf die Maschinenanlagen, so daß dadurch auch die Kraftzentrale betriebsunfähig wurde. Infolgedessen mußte das Werk auf einige Tage stillgelegt werden. Die Werkverwaltung hofft, die Papierherstellung am Montag wieder in beschranktem Umfang aufnehmen zu können.

### Kurse der Posener Börse.

	18. August.	16. August
Offizielle Kurse:		
1% Posener Pfandbriefe (alte)	—	—
3% Buchst. A u. B	—	—
3½% ohne Buchst.	—	—
3½% Buchst. C	—	—
4% Buchst. D u. E	260 +A	260 +A
4% (neue)	125 +A	125 +A
4% Vol. Pfandbriefe	—	—
4% Vol. Provinzialobligationen	—	—
3½% Posener Prov.-Pfandbriefe	110 +N	110 +N
5½% Obl. Tegielski	—	—
Schuldcheine der Bank Tegiel.	—	—
Hypot. Warszawski	—	—
Bank Piast. — VII em. (ungef.)	220 +	220 +A
Bank Piast. VIII em. (ungef.)	220 +	220 +A
Bank Piast. IX em. (ungef.)	220 +	220 +A
Bank Handlowy. Poznań I-VII.	340 +A	340 +A
VIII . . . . .	340 +A	340 +A
Bank Handlowy. Warszawa	—	—
Bank Dyst. Rydz. Gdańsk I-IV	—	—
Wilecki, Potocki I. Sta.	450 +	430 +N
Bankiemian I-III . . . . .	250 +	240 +
Bankiemian I-IV em.	215 +N	210 +N
N. Barcikowski V em.	175 +N	170 +N
Centrala Skóř I-II . . . . .	365 +	360 +
III . . . . .	340 +A	340 +N
Guban . . . . .	525 +	520 +
Dr. Roman May . . . . .	—	—
Patria . . . . .	360 +N	350 +
Bank. Spółka Drzewna (exkl. Kup.)	1480 +A	1480 +A
C. Hartwig I-III em.	—	—
C. Hartwig IV em.	335 +A	245 +N
Cegielski I-VI em.	250 +A	245 +N
Hurtownia Drzewna	150 +N	150 +A
Włodzno . . . . .	260 +	—
Inoffizielle Kurse:		
4½% poln. Pfandbriefe	265 +N	—
4½% voln. Pfandbriefe (abgest.)	—	—
Bank Centralny I-III . . . . .	—	—
Bank Poznański I. Em.	—	—
Bank Brzegiowcow . . . . .	250 +A	250 +A
Bank. Bankiemian (exkl. Kupon)	—	—
Teres, Leżajno . . . . .	—	—
Bank Zielona Góra . . . . .	—	—
Hurtownia Drzewna (a. Bezugsp.)	165-155-160 +A	—
Witnoria Chemiczna . . . . .	225 +N	—
Wyrob. Ceramyczne . . . . .	140 +N	—
Dziewna Wronki . . . . .	—	—
Wisła . . . . .	580 +	—
Arcona . . . . .	—	—
Brzeski Auto (exkl. Kupon)	—	—
Wagon Orlromo . . . . .	—	—
Wojnowna Maszyn Mlynnych	450 +N	—
Perzelski Wiktorius . . . . .	355 - 370 +A	345 - 350 +N
Benzli . . . . .	425-425-430 +	440-435 +N
Orient . . . . .	190 +N	—
Sarmatia . . . . .	380 - 370 +N	—
Blawat . . . . .	—	—
Dom Konfekcji . . . . .	—	—
Klanina . . . . .	—	—
Centrala Rolnicza . . . . .	—	—
Bapiernia Bydgoszcz . . . . .	—	—
Trie . . . . .	200 +N	—
Hurtownia Skóř . . . . .	315 +N	—
Sierakowskie Kopalnie Węgla . . . . .	—	—
Kabel . . . . .	—	—
Cloud Wielkopolski . . . . .	—	—
Zięcie Legnicki Aug. Grad. . . . .	—	—
Pneumatik . . . . .	150 +N	150 +N

